

Halbjahresbericht zur Haushaltsentwicklung 2012

Anlagen:-

Gäste: -

Sachverhalt:

Mit dem nachfolgenden Bericht will die Verwaltung, wie in den zurückliegenden Jahren, den Kreistag möglichst frühzeitig und umfassend über die aktuelle Entwicklung der Finanzlage des Landkreises informieren. Die Verwaltung hat die vorliegenden Ergebnisse analysiert und auf das Jahresende hochgerechnet. Die voraussichtlichen Verbesserungen und Verschlechterungen bei den wichtigsten Einnahme- und Ausgabepositionen sind im Folgenden dargestellt:

Hauptbudget 1 – Allgemeine Verwaltung und Finanzen

- **Personalausgaben, Grp. 4 in allen Unterabschnitten**

Die Ausgaben im Hauptbudget 1 setzen sich zu einem Großteil aus Personalausgaben zusammen. Deshalb werden die Gesamtpersonalkosten an dieser Stelle wie folgt erläutert:

Für die Beschäftigten wurde das Tabellenentgelt ab dem 1. März 2012 um 3,50 % erhöht. Nachdem in den Haushaltsberatungen lediglich eine Steigerung von 2,25 % beschlossen wurde, entstehen uns durch den höheren Abschluss zusätzliche Aufwendungen von rund 260.000 €, die durch verzögerte Stellenbesetzungen aus heutiger Sicht aufgefangen werden können. Innerhalb des 35,66 Mio. € umfassenden

Personalbudgets gehen wir von einer weiteren Verbesserung von **100.000 €** aus.

- **Sachkostenbeiträge, Grp. 1710 bei den Schulen**

Im Bereich der Beruflichen und der Sonderschulen hat das Land die Sachkostenbeiträge für 2012 erhöht. Wegen der rückläufigen Schülerzahlen erwarten wir allerdings Wenigereinnahmen von 130.000 €, die nur dank der zu erwartenden Ersätze für Lernmittel kompensiert werden können.

0 €

- **Landeszuschuss für die Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule, HHSt. 2420.3610**

Für den Erweiterungsbau an der Albert-Schweitzer-Schule sind im Rechnungsjahr 2010 zusätzliche Aufwendungen entstanden, die seinerzeit innerhalb des Schulbudgets abgedeckt werden konnten. Dadurch sowie durch höhere Auswärtigenzuschläge fällt auch der zu erwartende Landeszuschuss höher aus. Der uns zugewandene Zuwendungsbescheid liegt um über dem ursprünglich angenommenen Betrag.

300.000 €

- **Heizungsanlage am Schulzentrum VS-Schwenningen, HHSt. 2400.9415 und 2411.9414**

Der Ausschuss für Bildung und Soziales hat am 30.04.2012 beschlossen, die Heizungsanlage am Schulzentrum VS-Schwenningen mit einem voraussichtlichen Aufwand von zu erneuern (DS-Nr. 042/2012). Zur Finanzierung kann der bei der Albert-Schweitzer-Schule eingegangene höhere Landeszuschuss (siehe oben) herangezogen werden. Die danach noch verbleibende Deckungslücke von 185.000 € soll durch Verbesserungen des laufenden Jahres aufgefangen werden.

-485.000 €

- **Einrichtung eines Multifunktionsraum am Schulzentrum VS-Schwenningen**

Am 25.06.2012 hat der Ausschuss für Bildung und Soziales den Umbau der Cafeteria am Schulzentrum VS-Schwenningen zu einem Multifunktionsraum beschlossen (DS-Nr. 082/2012). Zur Finanzierung der sich auf rd. 387.000 € belaufenden Baukosten können Einsparungen beim Erweiterungsbau der David-Würth-Schule in Höhe von 362.000 € verwendet werden. Diese Mittel wurden als Haushaltsausgaberest von 2011 nach 2012 bereits übertragen. Der danach noch verbleibende Betrag von kann durch Einsparungen innerhalb des Schulbudgets voraussichtlich abgedeckt werden.

-25.000 €

Hauptbudget 3 – Soziales

- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, UA 4104**

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bewegen sich die Fallzahlen und damit auch die Kostenentwicklung leicht über den Planvorgaben. Während wir bei der Berechnung der Ansätze für 2012 eine Fallzahlensteigerung von 3% einkalkuliert hatten, weist die Statistik in Teilbereichen Zuwächse von knapp 6 % aus. Zum Jahresende rechnen wir deshalb mit einem Mehraufwand von Ab dem Jahr 2014 soll der Nettoaufwand vom Bund vollständig übernommen werden.

-100.000 €

- **Eingliederungshilfe, UA 4170**

Auch bei der Eingliederungshilfe ergibt sich ein voraussichtlicher Ausgabemehrbedarf von 300.000 €. Zurückzuführen ist dies auf weiterhin deutlich ansteigende Fallzahlen bei den ambulanten Hilfen. Dadurch konnten allerdings weitere, sehr kostenintensive stationäre Maßnahmen verhindert werden. Entlastend wirkt sich

ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus, das einen Anspruch von behinderten Schülern auf BAföG-Zusatzleistungen bei Internatsunterbringung rückwirkend bestätigt hat. Aufgrund der daraus resultierenden Erstattungsleistungen, die bis in das Jahr 2002 zurückreichen, rechnen wir durch diesen Einmalfaktor allein in 2012 mit Mehreinnahmen von rd. 1 Mio. €. Zum Jahresende gehen wir bei der Eingliederungshilfe deshalb per Saldo von einem Plus von
aus.

800.000 €

- **Hilfe zur Pflege, UA 4110 und UA 4161**

Die bei den Hilfen zur Pflege prognostizierten Fallzahlen- und Kostensteigerungen haben sich insbesondere im ambulanten Bereich (noch) nicht eingestellt. Gegenüber dem Plansoll ergibt sich dadurch eine voraussichtliche Verbesserung von

250.000 €

- **Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), UA 4820**

Im 1. Halbjahr 2012 hat die Zahl der Bedarfsgemeinschaften schrittweise abgenommen. Die Grundsicherungsaufwendungen der Monate Januar bis Mai 2012 liegen dadurch netto um durchschnittlich 35.000 € unter dem kalkulierten Wert. Die derzeitige Entwicklung deutet darauf hin, dass der mit 10,71 Mio. € ausgewiesene Nettoaufwand voraussichtlich um unterschritten wird.

400.000 €

- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Abschnitt 42**

Im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes hat die Zahl der Anspruchsberechtigten gegenüber dem Vorjahr nochmals um rd. 30 % zugenommen. Die einkalkulierten Steigerungsraten sind damit deutlich überschritten. Mit den Kostenpauschalen des Landes können die daraus erwachsenden Mehraufwendungen

aber aller Voraussicht nach abgedeckt werden. Belastend wirken sich allerdings mehrere Einmalfaktoren im Bereich der Krankenhilfe aus, die mit zusätzlichen Kosten von rd. zu Buche schlagen.

-250.000 €

- **Jugendhilfe, Abschnitt 45**

Bei der Jugendhilfe mussten wir in 2011 eine Ansatzüberschreitung von 200.000 € verzeichnen. Im Wesentlichen war dies auf den Fallzahlenanstieg bei der „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege“ zurückzuführen. Die Verschlechterung wurde erst nach Ablauf des Jahres bekannt und konnte somit nicht im Haushalt 2012 berücksichtigt werden. Mit 12,85 Mio. € lag der Nettoaufwand des Vorjahres bereits um 50.000 € über der neuen Ansatzsumme. In 2012 liegen wir mit der Ausgabenentwicklung nach dem ersten Halbjahr um knapp 170.000 € über dem Vorjahresniveau. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf die dringend notwendige stationäre Unterbringung von fünf minderjährigen Kindern, bei denen das Kindeswohl gefährdet war. Auf das Jahr hochgerechnet erwarten wir einen Mehraufwand von

-400.000 €

Hauptbudget 5 – Ländlicher Raum

- **Kreisstraßen, UA 6500**

Bei den Aufwendungen für den Winterdienst erwarten wir gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan keine Mehrausgaben. Die nach dem Ausgleich des Verwaltungshaushalts noch verbleibenden FAG-Zuweisungen können damit im vorgesehenen Umfang für Straßenbaumaßnahmen eingesetzt werden.

Die Fahrbahnsanierungen der K 5718 Neuhausen - Schabenhäuser, der K 5730 Katzensteigstraße sowie der K 5732 Furtwangen - Linach fielen nach den Ausschreibungsergebnissen

zwar um 173.000 € kostengünstiger aus (vgl. hierzu auch DS-Nr. 051/2012 - 053/2012). Im Gegenzug mussten aber an der K 5742 Eschach - Aselfingen sowie der K 5731 Wildgutachstraße Rutschungen aus Verkehrssicherheitsgründen außerplanmäßig beseitigt werden. Die danach noch verbleibende Verbesserung von rd. 60.000 € soll für weitere Maßnahmen im Straßenbereich verwendet werden.

0 €

Hauptbudget 6 – Allgemeine Finanzen

- **Zuweisungen nach § 8 FAG, HHSt. 9000.0411**

Nach Vorliegen der Mai-Steuerschätzung hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft mitgeteilt, von einer Anhebung der Kopfbeträge bei den Schlüsselzuweisungen zunächst abzusehen. Bei einem unveränderten Betrag von 510 €/Einwohner ergeben sich für den Schwarzwald-Baar-Kreis somit keine Mehreinnahmen.

0 €

- **Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611**

Bei der Grunderwerbsteuer sind bislang sechs Monatsabrechnungen eingegangen. Addiert man zum derzeitigen Steueraufkommen von 3,48 Mio. € das durchschnittliche Aufkommen der Monate Juli bis Dezember der Vorjahre hinzu, ist zu erwarten, dass der Haushaltsansatz von 5,5 Mio. € überschritten wird. Wir gehen derzeit von einer Verbesserung von etwa
aus. Das Zwischenergebnis ist teilweise noch von Vorzieheffekten zur Vermeidung des seit November 2011 erhöhten Steuersatzes zurückzuführen. So lag das Aufkommen im Januar mit knapp 900.000 € um rd. 320.000 € über dem langjährigen Monatsdurchschnitt.

600.000 €

- **Ausgleichsleistungen, HHSt. 9000.0920**

Wegen veränderter Bemessungsgrundlagen liegen die Ausgleichsleistungen um **-240.000 €** unter dem Haushaltsansatz. Die Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung reduziert sich um 140.000 €. Bei der Weitergabe der Wohngeldentlastung des Landes durch den Wegfall des Wohngeldes für ALG II-Empfänger ergibt sich eine Verschlechterung von 100.000 €. Diese Entwicklung war bei der Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht absehbar, denn die Erstattungsbeträge werden im Verhältnis uns entstandener Aufwendungen zu landesweiten Gesamtausgaben ermittelt.

- **Sonstige kleinere Planabweichungen (saldiert) 300.000 €**

Per Saldo ergeben die aufgeführten Veränderungen im **Gesamthaushalt** (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) eine Verbesserung von **1.250.000 €**

Stellungnahme der Verwaltung:

Die finanzielle Entwicklung im ersten Halbjahr 2012 hat einen erfreulichen Verlauf genommen. Nach derzeitigem Erkenntnisstand schließt das Rechnungsjahr mit einem Überschuss von rd. 1,2 Mio. € ab. Dazu tragen vor allem das höhere Grunderwerbsteueraufkommen sowie Verbesserungen bei der Eingliederungshilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende bei. Zusammen mit weiteren kleineren Verbesserungen kann die einzig große Verschlechterung im Jahresverlauf 2012 in Höhe von rund 400.000 € bei der Jugendhilfe mehr als aufgefangen werden. Darüber hinaus ist es möglich, die dringend notwendige Erneuerung der Heizungsanlage am Schulzentrum in VS-Schwenningen zu finanzieren.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht kein Bedarf, über die Verwendung des zu erwartenden Überschusses zu entscheiden. Sofern sich die positive Haushaltsentwicklung bis zum Jahresende bestätigt, könnte die Verbesserung entweder dazu verwendet werden, auf die im Haushalt 2012 geplante Kreditaufnahme in Höhe von 1.545.200 € vollständig zu verzichten und den Schuldenstand des Landkreises damit weiter zu reduzieren, oder es könnte der Allgemeinen Rücklage ein höherer Betrag zur Finanzierung der Mehrkosten beim Klinikums-Neubau zugeführt werden. Im Haushaltsjahr 2012 ist für diesen Zweck bislang eine Rücklagenzuführung von 1 Mio. € vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Halbjahresbericht über die Haushaltsentwicklung 2012 zur Kenntnis.